

Fortsetzung von Seite 13

«Die Blockadepolitik beginnt im Bundesrat»

Momentan will ich die Partei lieber sukzessive stärken und nicht auf Sand aufbauen. Wir wollen nicht schneller schiessen als der Schatten.

Die beiden Polparteien SVP und SP sind derzeit gleichzeitig Regierungs- und Oppositionsparteien. Stellt das nicht das Konkordanzsystem als Ganzes infrage? Ich sehe derzeit keine Veranlassung, SVP und SP aus der Landesregierung zu drängen oder ihren Sitzanspruch zu hinterfragen. Sie vereinigen gemeinsam fast die Hälfte der Wählerschaft. Die Pole müssen in die Regierungsverantwortung eingebunden sein. Allerdings erwarte ich ein verantwortungsvolleres Handeln.

Die von Ihnen beklagte Blockadepolitik geht aber im Wesentlichen auf das Konto der Polparteien.

Die Blockadepolitik beginnt schon im Bundesrat. Es ist schlecht, welches Bild unsere Landesregierung derzeit abgibt. In der Europapolitik wirkt der Bundesrat fast schon handlungsunfähig: rote Linien, aber kein roter Faden.

Das müsste aus Ihrer Sicht ein weiteres Argument für einen Systemwechsel sein? Ich bin grundsätzlich immer dafür, über neue Systeme und Lösungen zu diskutieren. Systeme müssen sich den Gegebenheiten anpassen, auch die Zauberformel. Wir müssen nun sehen, wie die Wahlen ausgehen. Bei sehr deutlichen Verschiebungen müsste man die Zauberformel anpassen, um die Konkordanz zu wahren.

Die GLP hat kürzlich überraschend ein beherztes Votum für mehr «Europa wagen» gehalten. Die «Schlechtmacherei der EU» müsse aufhören. Haben Sie in dieser Position eine wahltaktische Lücke erkannt, oder hat Sie der Ärger über das Stocken der Verhandlungen getrieben? Die Position an sich ist ja nichts Neues. Aber ehrlich gesagt, schwelte der Ärger über die vermurkste Europapolitik schon lange in unseren Reihen. Der Eklat, der auf Ignazio Cassis' Bemerkung über die Achttageregulierung folgte, wäre vermeidbar gewesen. Das war eine ganz ungeschickte Kommunikation unseres Aussenministers.

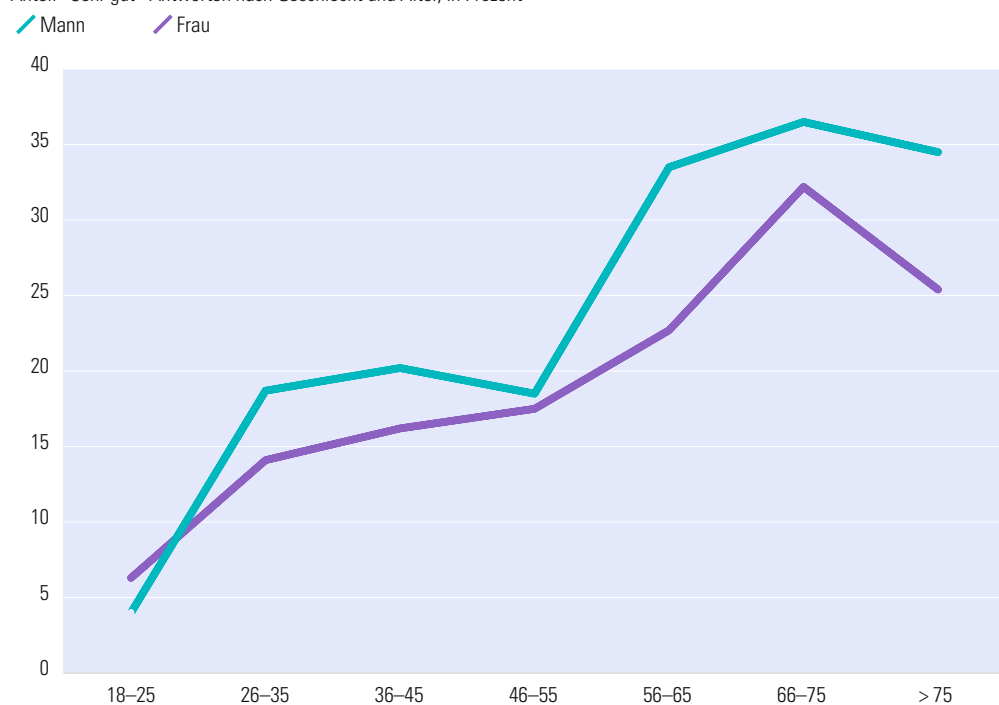
Ein bisschen Taktik war schon im Spiel? Wir sind offenbar die letzte Partei, die bedingungslos für den europäischen Weg einsteht. Die SP ist seit dem Streit um die flankierenden Massnahmen gespalten. FDP-Präsidentin Petra Güssi und CVP-Präsident Gerhard Pfister machen den Eindruck, als sei es ihnen recht, wenn die Verhandlungen mit der EU nicht weitergehen und sistiert werden. Uns ging es darum, in Erinnerung zu rufen, dass ein mit der EU gemeinsamer Weg unserem Land viel mehr Chancen bietet als Risiken. Natürlich gibt es noch Knackpunkte wie den Lohnschutz. Die Schiedsgerichtsfrage ist kein Grund zum Lamentieren. Fälle, die vor dem Schiedsgericht landen werden, kann man an einer Hand abzählen. Abgesehen davon: Wir sprechen hier doch nicht von Verträgen mit einem Schurkenstaat, sondern mit unseren demokratischen europäischen Nachbarn!

Interview: Christina Neuhaus, Michael Schönenberger

Ein Psychogramm der Schweizer Bevölkerung

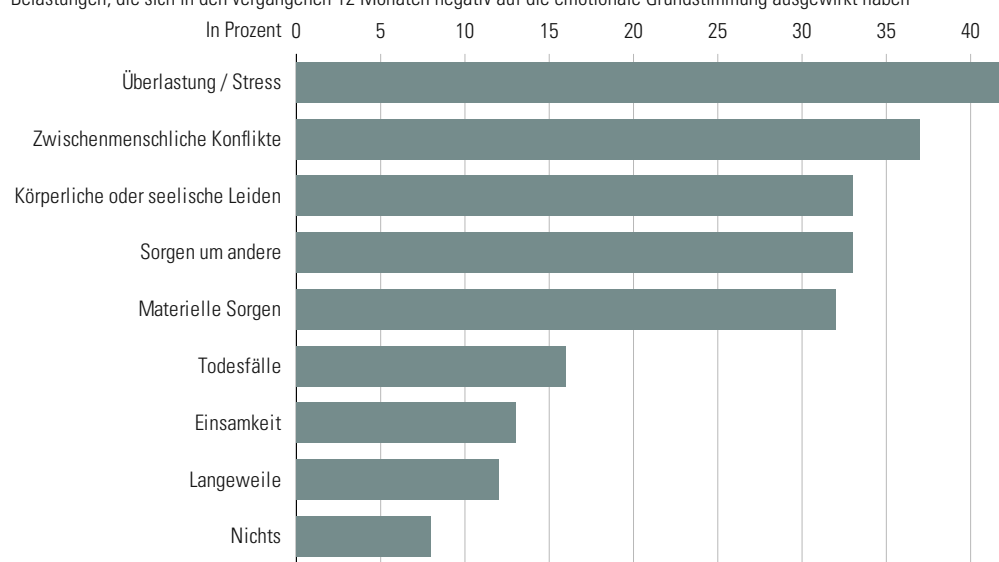
Wie geht es Ihnen heute?

Anteil «Sehr gut»-Antworten nach Geschlecht und Alter, in Prozent



Faktoren der psychischen Belastung

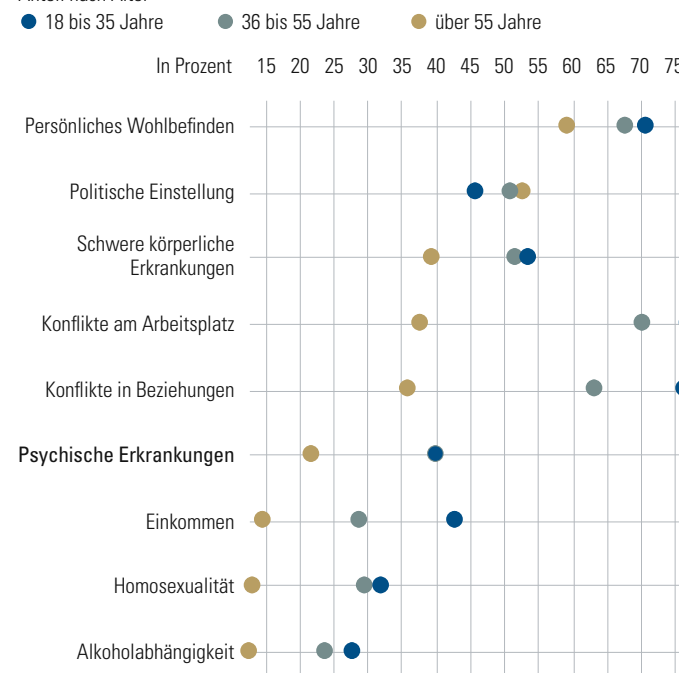
Belastungen, die sich in den vergangenen 12 Monaten negativ auf die emotionale Grundstimmung ausgewirkt haben



Die Auswertung basiert auf den Antworten von 5539 Probanden, die online befragt wurden. Die Stichprobe wurde gewichtet. Ihre Repräsentativität ist vergleichbar mit der einer Zufallsstichprobe mit einer Fehlermarge von +/- 3 Prozent. QUELLE: SOTOMO

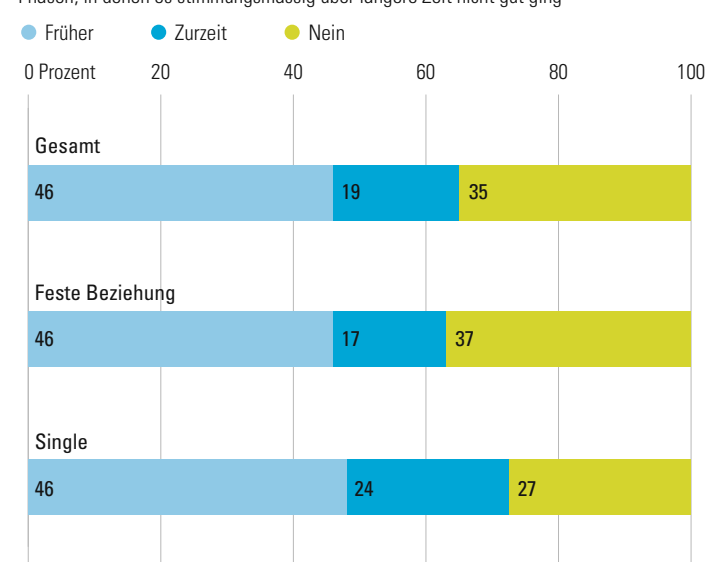
Worüber die Befragten in ihrem Freundeskreis offen reden

Anteil nach Alter



Verbreitete psychische Tiefphasen

Phasen, in denen es stimmungsmässig über längere Zeit nicht gut ging



Die Kantone wollen den psychischen Krankheiten das Stigma nehmen

Über seelische Nöte zu sprechen, ist heilsam – Psychologen fordern tiefere Hürden bei der Überweisung

SIMON HEHLI

«Anders als körperliche Beschwerden werden psychische Beschwerden oft als persönliche Laune oder Schwäche verstanden – und verschwiegen», kritisiert Heidi Hanselmann. Für die St. Galler Regierungsrätin und Präsidentin von Gesundheitsförderung Schweiz ist deshalb klar, dass es die 2014 lancierte Kampagne «Wie geht's dir?» weiterhin braucht. Die Deutschschweizer Kantone wollen damit erreichen, dass die Hemmschwelle sinkt, über Stimmungstiefs und weit verbreitete seelische Krisen (siehe Frontseite) zu sprechen.

Zu diesem Zweck geben die Kantone in den nächsten vier Jahren 5 Millionen Franken aus, wie sie am Mittwoch bekanntgaben. Für Hanselmann ist das gut investiertes Geld. «Psychische Erkrankungen führen schliesslich Jahr für Jahr

zu Folgekosten von rund 20 Milliarden Franken.» Treffen könne es jede und jeden, betont die SP-Politikerin. Scham und Einsamkeit führten jedoch dazu, dass psychische Krankheiten zu spät oder gar nicht von Fachleuten behandelt würden – mit den entsprechenden Auswirkungen für das Gesundheitssystem und die Volkswirtschaft.

Die Rolle des Umfelds

Die Prävention ist aus Hanselmanns Sicht entscheidend. Zu einem frühen Zeitpunkt seien die Heilungschancen bei seelischen Tiefs gut. Neben professioneller Hilfe seien auch Menschen aus dem persönlichen Umfeld eine wertvolle Stütze. «Sie können zwar weder eine Krankheit behandeln noch psychische Probleme in Luft auflösen – aber einen wichtigen Teil dazu beitragen, dass Betroffene nicht in

der Isolation versinken und den ersten Schritt zur Genesung machen können.»

Unbestritten ist: Für schwere Fälle braucht es eine Behandlung durch Psychiater oder Psychologen. Doch da liegt aus Sicht der Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen (FSP) einiges im Argen. Sie nimmt den 10. Oktober als Tag der psychischen Krankheit zum Anlass, mit einer Briefaktion den politischen Druck auf Gesundheitsminister Alain Berset zu erhöhen. Die FSP warnt seit Jahren vor einer Unterversorgung im Bereich der Psychotherapie, besonders für Kinder und Jugendliche. Ein Drittel der Betroffenen nehme heute keine psychotherapeutische Behandlung in Anspruch, obwohl sie angezeigt wäre. Das sei einer der Gründe für die rund 1000 Suizide pro Jahr. Der Verband fordert deshalb, dass psychologische Psychotherapeuten leichter über die Kranken-

kasse abrechnen dürften. Bisher müssen sie sich stets von einem Psychiater anstellen lassen. Künftig, so der Wunsch der FSP, soll eine einmalige Überweisung eines Patienten durch einen Arzt (Anordnungsmodell) reichen.

Druck auch aus dem Parlament

Berset liess sich bisher aber nicht erweichen – zu gross ist die Angst, dass es zu einem Ansturm auf die Psychotherapiepraxen und damit zu einem Kostensprung käme. Für diese Blockadehaltung muss er sich bald gegenüber dem Parlament rechtfertigen. In der Herbstsession haben die grüne Nationalrätin Irène Kälin und ihr grünliberaler Ratskollege Thomas Weibel Interpellationen eingereicht, in denen sie den Bundesrat fragen, warum es mit dem Anordnungsmodell nicht vorangeht.

BUNDESRAT IN KÜRZE

Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen

(sda) · Auf Autobahnen soll das Rechtsvorbeifahren erlaubt sein, und Velofahrende sollen bei Rot rechts abbiegen dürfen. Mit diesen und weiteren Punkten will der Bundesrat den Verkehr verflüssigen. Er hat dazu die Vernehmlassung eröffnet. Die Änderung der Verkehrsregeln trägt Forderungen des Parlaments Rechnung. Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen bedeutet nicht Rechtsüber-

holen. Ausschwenken und Wiedereinbiegen bleiben untersagt.

Besser qualifizierte Gesundheitsfachleute

(sda) · Der Bundesrat will mehr und besser qualifizierte Gesundheitsfachleute ausbilden. Dazu hat er die Ausführungsbestimmungen zu einer neuen Gesetzesvorlage in die Vernehmlassung geschickt. Das Gesetz formuliert landesweit einheitliche Anforderungen an die Ausbildung in den Bereichen Pflege, Physiotherapie, Ergotherapie, Hebammen, Optometrie, Osteopathie und Ernährungsberatung,

die als berufsbefähigend gilt. Weiter wird mit dem Gesetz ein nationales Berufsregister geschaffen. Darin sollen Disziplinarmaßnahmen festgehalten werden, etwa im Fall von Missbrauch oder Missbehandlung von Patienten.

Verschärfte Aufsicht über Postfinance

(sda) · Der Bundesrat will die Aufsicht über die postalische Grundversorgung im Zahlungsverkehr verschärfen. Sollte Postfinance ihren Pflichten nicht nachkommen, könnte das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) Massnahmen

anordnen. Der Bundesrat hat eine Teilrevision des Postgesetzes in die Wege geleitet.

Abstimmung über Zersiedlungsinitiative

(sda) · Am 10. Februar 2019 befindet das Stimmvolk über eine einzige eidgenössische Vorlage. Der Bundesrat hat die Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» als Thema festgelegt. Die Initiative stammt von den Jungen Grünen. Sie verlangt, die Ausdehnung der Bauzonen gesamt-

schweizerisch für unbestimmte Zeit zu stoppen. Bei Einzonungen soll künftig eine gleiche Landfläche von vergleichbarer Qualität ausgezont werden.

Lebenslanges Verbot für Arbeit mit Kindern

(sda) · Künftig darf kein pädophiler Straftäter mehr mit Kindern arbeiten. Die Gerichte müssen ab dem 1. Januar 2019 in allen Fällen ein lebenslanges Tätigkeitsverbot anordnen. Der Erlass des Bundesrates setzt die Pädophilen-Initiative um, das Parlament hiess ihn im März gut.